

Krieg ?

Sozialer Krieg ?

Überlegungen zur Aktualität einer alten Frage

Betroffenheit und Angst sind die herausragenden Reaktionen auf die Ereignisse des 11. Septembers.

In der Linken wird vorrangig der drohende Krieg thematisiert und dagegen mobilisiert. Wir möchten den Menschen weder ihre Gefühle absprechen, noch möchten wir die Notwendigkeit von Anti-Kriegs-Politik bestreiten.

Was wir möchten ist folgendes: Wir halten weiterhin daran fest, dass eine radikale Linke, die sich auf die Notwendigkeit und Aktualität sozialer Befreiung beziehen will, die Verhältnisse nicht so nehmen kann wie sie sind, sondern entschleiern und den sozialen Grund der Konflikte herausarbeiten und sich darauf beziehen muss.

Wir wollen hier auch nicht den Versuch unternehmen die Geschehnisse zu erklären.

Was wir hier wollen ist an ein paar Sachen zu erinnern, einige Fragen und Thesen dazu zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen.

All diese Überlegungen sind natürlich vorläufig, unvollständig und cursorisch.

Was ist passiert ?

Am Morgen des 11. Septembers zerstörten Selbstmordattentäter mit Hilfe gekidnappter Flugzeuge das World Trade Center und Teile des Pentagons. Ein weiterer Anschlag misslang. Vieles deutet darauf hin, dass der Anschlag von islamistischen Gruppen ausgeführt wurde, vieles deutet auf die Kreise um Usama bin Laden und die afghanischen Taliban. Ob dies so ist oder nicht soll hier nicht weiter erörtert werden. Klar ist das dieser Zusammenhang die Basis aller bisherigen Mutmaßungen ist. Das Aktionszentrum lag also keinesfalls bei den USA, der NATO oder anderen imperialistischen Agenzien, sondern bei islamistischen Gruppen. Die Ereignisse sind daher auch nicht als imperialistischer Mas-

terplan dechiffrierbar, sondern primär als antiimperialistischer Angriff. Dies festzuhalten ist uns wichtig, weil die Beschäftigung allein mit Kriegsplänen der USA und der NATO nichts weiter als ein linker kolonialer Blick ist, der die trikontinentalen Prozesse und Kämpfe weitgehend übersieht.

Weiterhin war es ein logistisch sehr gut organisierter Anschlag und die mutmaßlichen Attentäter waren sehr gut ausgebildete Spezialisten. Es handelte sich also offensichtlich nicht um irgendwelche Fanatiker, sondern um kühl berechnende, moderne Strategen.

Und schließlich haben einige der mutmaßlichen Attentäter längere Zeit in der BRD gelebt und islamistische Gruppen haben offensichtlich auch eine Basis in den Metropolen. D.h.,

dass der Konflikt nicht mehr trikontinental eingeeht ist, sondern sich globalisiert hat.

Im folgenden werden wir zunächst den Kontext klären, aus dem heraus die Angriffe erklärbarer werden. Anschließend werden wir die laufende Konfrontation hinsichtlich ihrer sozialen Auswirkungen problematisieren. Und schließlich soll es darum gehen zu diskutieren auf welchen Ebenen eine linke Antwort in den Metropolen zu suchen wäre.

Der Text hat folgende Etappen. Zunächst sollen zwei Begründungszusammenhänge des Islamismus dargestellt werden, die die Brisanz der Ereignisse verdeutlichen sollen. Im ersten Hintergrund geht es dabei um die Entstehungsbedingungen des Islamismus im Mittleren Osten bzw. in den islamischen

Gesellschaften, der in Abgrenzung zum Islam als politisches Modernisierungsprojekt und nicht als soziale Bewegung dechiffriert wird. Zum anderen geht es um bestimmte Momente des Migrationsprozesses in die Metropolen, in deren Folge sich Prozesse zuspitzen, die einen Begründungszusammenhang für die Entwicklung des Islamismus in den Metropolen darstellen, die sowohl für die Entgrenzung des Konflikt als auch für dessen Modernität stehen: Es handelt sich eben nicht um einen Kampf zwischen Zivilisation und Barbarei, sondern um einen modernen sozialen Krieg, dessen soziale Wurzeln in doppelter Weise politisch überlagert sind.

Anschließend geht es um einige Konsequenzen, die der Konflikt haben könnte. Wir werden dabei zunächst auf die Entgrenzung der Auseinandersetzung eingehen, die die metropolitenen und peripheren Handlungsformen partiell in bisher selten gesehener Weise zirkulieren lässt. Danach soll aber auch noch einmal der Mittlere Osten gesondert gestreift werden. Hier stehen mit Sicherheit die größten Risiken an. Den Abschluss dieses Abschnittes bildet die Hinwendung zum metropolitenen Sozialprozess. Vor welchen Veränderungen und Risiken stehen wir hier konkret in der BRD.

Der letzte Abschnitt soll nun die Frage thematisieren, was bzw. auf welcher Ebene die möglichen Konsequenzen für eine linksradikale Politik liegen könnten.

Islamismus im Mittleren Osten

Die Wurzeln der Reislamisierung des Mittleren Osten liegen v.a. im Kampf gegen die imperialistische Durchdringung der Region. Die zumeist extrem polarisierten Gesellschaften, mit in der Regel mit dem Westen kollaborierenden Führungscliquen, einer von der Partizipation an der Macht ausgeschlossen, ohne gesellschaft-

liche Aufstiegschancen versehenen Mittelschicht und einer vom gesellschaftlichen Reichtum zumeist vollkommen ausgeschlossen Massenarmut, waren seit je her ein soziales Pulverfass, das nur durch äußerste Repression zu kontrollieren war.

Mit der Revitalisierung des Islam verbanden nun gerade die Massen der Armen einen Anspruch auf Überleben und auf eine gerechte Verteilung des materiellen Reichtums der islamischen Welt. Sie formulierten dies aus einer scheinbar eigenen Tradition, gegen den verhassten Westen, der sie beleidigte und erniedrigte. Und sie setzten damit ihre eigenen korrupten Führungscliquen unter Druck.

Wir kennen diesen Prozess aus den sogenannten Hungerrevolten der 70er und 80er Jahre und v.a. aus der ‚Revolution der mostazafin‘ – der Barfüssigen – im Iran.

Aber gerade im Iran haben wir auch das Phänomen des Islamismus kennen gelernt, das wir später auch in der gesamten islamischen Welt kennen lernen mussten.

Der Islamismus ist im wesentlichen erklärbar aus den kriseninduzierten Prozessen von Landflucht und Verstädterung. Er entsteht vorrangig als Bewegung von jungen Männern, die sich häufig erst in erster Generation in den Städten aufhalten, in der Regel gut ausgebildet, häufig über universitäre Abschlüsse verfügen und auf Grund sozialer Schließungen vom gesellschaftlichen Aufstieg ausgeschlossen sind. Dieser gesellschaftliche Aufstieg wird ihnen von ihren am Westen orientierten Oberschichten verwehrt – was ihre antiwestliche Haltung wesentlich begründet. Gleichzeitig erleben sie, dass sich die gesellschaftliche Rolle der Frau in diesem Prozess ebenfalls wesentlich verändert. Bleiben sie auf dem Land zurück, kann sich ihre Position in Richtung einer eigenständig-autonomen

Position im sozialen und im Familienverband stärken. Wandern sie ebenfalls in die Städte, können sie im besonderen Maße vom modernen städtischen Sektor profitieren, der ihre Chancen auf die Entwicklung eigenständiger Positionen enorm erhöht. Im gesamten islamischen Raum haben Frauen bis weit in die 80er Jahre gerade in den Städten stark durch die gesellschaftliche Modernisierung ihre Stellung stärken können. Genau in dieser Veränderung der Geschlechterbeziehungen ist nun das zweite Standbein begründet, das alle Islamisten eint: die Unterdrückung und der gesellschaftliche Ausschluss der Frauen.

Der Islamismus ist also wesentlich ein gesellschaftliches Modernisierungsprojekt, d.h. ein politisches

Transformationsprojekt, das soziale Aspirationen machtpolitisch für die eigenen Ziele ausnützt. Islamistischen Gruppen geht es immer grundsätzlich um eine Kontrolle des Raumes und der Menschen. Ihr Ziel ist ein gesellschaftliches Projekt, nicht das Reich Gottes. Ihre übernationale Ideologie entpuppte sich daher in den Fällen ihrer Machtübernahme immer als Propaganda. Islamismus ist Politik, nicht Religion.

Islamismus in den Metropolen

Vor gut 20 Jahren haben wir gesagt, dass die Migration den trikontinentalen Sozialprozess in die Metropolen tragen wird und damit auch trikontinentale Widerstandsformen. Nicht erst seit heute müssen wir dies erweitern: Nicht nur der Sozialprozess, auch die Formen politischen Kampfs zirkulieren zwischen Metropolen und Peripherie.

Die Geschichte der Migration in die Metropolen war in den letzten Dekaden vorrangig ein Prozess der sozialen Schließung. Konnten sich bspw. die polnischen Migranten der Gründerzeit noch mittelfristig

in die deutsche Gesellschaft integrieren, so ist seit beinahe 20 Jahren vorrangig von Formen gesellschaftlicher Exklusion zu reden. Dies betrifft auch die in großer Zahl und häufig räumlich konzentrierten ArbeitsmigrantInnen, die in den 50er bis 70er Jahren v.a. in die westeuropäischen Industriestaaten wanderten. In Deutschland sind dies häufig Muslime unterschiedlicher Nationalität, die v.a. in den Altstadtquartieren der deutschen Großstädte wohnen. Zumeist waren und sind sie als Massentarbeiter an den Fließbändern der großen Fabriken beschäftigt, die in besonderem Maße in die Krise geraten sind. Z.T. resultiert daraus eine hohe Arbeitslosenrate bei ihnen. Überlagert wird dieser Prozess durch den Rassismus der deutschen Gesellschaft, der sich gerade in den gesellschaftlichen Krisen der letzten 3 Dekaden wesentlich verschärft und zu einem strukturellen Bestandteil des arbeitsmarktlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Ausschlusses vieler ArbeitsmigrantInnen wurde. Gleichzeitig besetzen sie aber gerade in bestimmten großstädtischen Quartieren den öffentlichen Raum, haben eine ausgebaute kulturelle, soziale und ökonomische Infrastruktur und sind mancher Orts zahlenmäßig majoritär. Diese Situation zwischen gesellschaftlicher Exklusion, Beleidigung und marginaler Bedeutung hat einen Prozess der Rückbindung an scheinbare Traditionen bei vielen MigrantInnen und MigrantInnengruppen befördert. Rückbindungen an eine Nation – in der BRD z.B. als Re-Türkisierung bekannt –, eine Ethnie und eben auch eine Religion. Seit den 70er Jahren gibt es denn auch gewichtige Re-Islamisierungstendenzen in allen westlichen Metropolen. In dieser Situation des gesellschaftlichen Ausschlusses, der Verachtung und Erniedrigung greifen auch hier wiederum vorrangig junge gebildete

Männer auf den politischen Islam in Form des Islamismus zurück. Damit transformiert sich quasi der Islamismus als Modernisierungsprojekt islamischer Gesellschaften in eines metropolitaner islamischer Gemeinden. Seine Bestandteile ähneln denen der islamischen Gesellschaften, seine Begründung verweist auf strukturelle Ähnlichkeiten. Islamistische Gruppierungen gibt es mittlerweile in allen westlichen Staaten.

D.h. aber auch, dass der Islamismus integraler Bestandteil des metropolitanen Sozialprozesses geworden ist und nicht quasi importiert ist. Oftmals sind die Träger hier geboren oder leben schon seit Jahren hier, haben hier eine Ausbildung und ein Studium abgeschlossen, arbeiten hier. Wie in den islamischen Gesellschaften gilt aber auch in den Metropolen, dass der Islamismus ein gesellschaftliches Transformationsprojekt ist, dass sich auf eine verstärkte Religiosität draufsetzt, diese versucht zu okkupieren, aber selbst politisches Projekt bleibt.

Formen der Entgrenzungen

Ein erstaunliches Moment, das wir in der momentanen Situation beobachten können ist, dass es innerhalb des Konfliktes auf verschiedenen Ebenen zu Entgrenzungen kommt. Dies betrifft die Argumentationen, die Organisationen als auch die Formen der Auseinandersetzung.

Auf der Ebene der Argumentationen ist dies noch am einfachsten zu verfolgen: Beide Seiten führen quasi einen heiligen Krieg bzw. einen Kreuzzug des Guten gegen das Böse. Dabei ist das jeweils Böse unspezifisch entgrenzt. Einerseits „der Westen“, andererseits „Terroristen“, „islamische Fanatiker“ oder „Schurkenstaaten“. Auf dieser Grundlage werden einerseits jegliche Angriffe als Notwehr legitimiert, die das jeweils Böse treffen sollen, was unschwer

als Legitimation der Massaker dient bzw. dienen wird. Andererseits werden damit der eigenen „guten Seite“ Opfer angekündigt, die zu erwarten und zu erbringen sind: Der Krieg als Motor inszenierte Gemeinschaftlichkeit. Während dies für trikontinentale Gesellschaften durchaus nicht unüblich ist, hat dies für die Metropolen auch neue Momente. Nicht unbedingt darin, dass der Krieg Motor gesellschaftlicher Veränderung und inszenierter Gemeinschaften ist, sondern v.a. darin, dass Opfer gleichzeitig nebulös und direkt angekündigt werden: Die metropolitanen Gesellschaften werden darauf vorbereitet, dass der Krieg auch in den Metropolen stattfinden und hier Opfer in allen denkbaren Formen finden kann.

Auf der Ebene der Organisationen finden die Entgrenzungen vorrangig auf differenten Ebenen statt. Während die USA und die NATO quasi die gesamte staatlich organisierte Welt mit materiellem, militärischem und moralischem Druck organisiert, mobilisieren die Islamisten dagegen die Bevölkerung der islamischen Gesellschaften auch gegen ihre jeweils herrschenden Regime. Offenkundig ist auch, dass beide Seiten dabei sehr erfolgreich zu sein scheinen, was wiederum die gesamte Sache äußerst unkalkulierbar macht.

Auf der Ebene der Formen fällt zunächst die Waffenungleichheit ins Auge, die natürlich unübersehbar ist. Andererseits ist es nicht so, dass die einfache Formel manpower gegen technology, wie noch im zweiten Golfkrieg, durchgängige Typologie ist. Eingangs haben wir schon erwähnt, dass die Aktionen der Islamisten in New York ein logistisches Niveau erreicht haben, welches bisher nur im Zusammenhang mit staatsterroristischen Aktivitäten bekannt war: Es ist nicht der „Krummsäbel“ oder der „Dolch“ der Symbol ist. Andererseits fällt die Opferbereit-

schaft des Westen auf. Es wird viel manpower eingesetzt und auch im „Hinterland“ wird keine Ruhe versprochen. Im Gegenteil: Die Bereitschaft zu sterben wird von den westlichen Regimen offensichtlich in hohem Maße vorausgesetzt.

In toto haben wir es möglicherweise mit einer neuen Stufe der Eskalation zu tun: In vielen Bereichen offenbaren sich damit globalisierte soziale Strukturen, die nicht mehr eindeutig unterscheidbar in trikontinentale und metropolitane sind. Sie äußern sich sowohl auf der technologischen, als auch auf der ideologischen Ebene, sie überschreiten die klassischen Räume.

Mittlerer Osten und islamische Welt

Trotz alledem gibt es natürlich wesentliche Unterschiede.

Am schwierigsten und unklarsten ist wohl die Lage im Mittleren Osten selbst.

Der Mittlere Osten ist bekanntlich seit Dekaden ein Pulverfass. Nirgendwo gibt es stabile politische und soziale Strukturen.

Was passiert in Israel und Palästina, im hochverschuldeten Saudi Arabien, was im Irak und in den kriselnden zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken, ... was in Afghanistan und Pakistan ...?

Was passiert weiter in den anderen Regionen der islamischen Welt. In Indonesien, den Philippinen, im Sudan und in Nigeria, im Maghreb und in Ägypten....?

Uns scheint eine Antwort momentan nicht möglich, selbst eine Annäherung ist mit zu vielen Unbekannten behaftet.

Klar ist nur, dass sich die meisten Regime im Schulterschluss mit der NATO befinden und damit eine Frontstellung zur eigenen Bevölkerung einnehmen, die stark mit den Islamisten und bin Laden sympathisiert. Wie groß dieses Ausmaß ist, ist allerdings von hier aus nicht feststellbar. Wie lange können die fragilen Re-

gime gegen die eigene Bevölkerung standhalten? Werden sie bereit sein selbst zu „Kreuzfahrern“ zu werden?

Zu erinnern ist dabei auch an den zweiten Golfkrieg, wo der Schulterschluss der islamischen Massen mit dem irakischem Regime erwartet wurde, aber weitgehend ausgeblieben ist.

Mit Sicherheit eine entscheidende Rolle wird die Form der Intervention spielen. Kommt es zu Invasionen, zum Genozid ... ?

Uns scheint momentan alles möglich: Vom Genozid bis zur totalen Explosion der Gesellschaften und des Raums.

Metropolen

Die möglichen Auswirkungen auf den metropolitanen Sozialprozess möchten wir auf vier Ebenen thematisieren: Auf der Ebene der ökonomischen Rationalisierung, des Rassismus, der sozialpolitischen Veränderungen und neuer Formen politischer Kontrolle.

Seit je her waren Kriege ökonomische Modernisierungsunternehmungen im doppelten Sinne: Einerseits wegen der Erneuerung und Modernisierung der technologischen Struktur des Produktionsprozesses, Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung, andererseits durch die Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse. V.a. für das zweite gibt es schon eindeutige Indizien durch die Ankündigung von Massenentlassungen in der Flugzeugindustrie. Neben der Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung und der Veränderung der technischen Klassenzusammensetzung wird aber auch ein Ausbau sowohl des staatlichen, aber v.a. des privaten Überwachungssektors notwendig werden.

Am meisten zu erwarten und am stärksten schon eingetroffen ist die Zunahme rassistisch motivierter Gewalt. Ob es sich dabei um Muslime oder nicht handelt ist sekundär. Schon gibt es die ersten Meldungen

von rassistischen Morden in den USA, Angriffen auf Muslime in England und Schottland, Pöbeleien gegen Nichtdeutsche in Göttingen ... Dies war nach den Erfahrungen des zweiten Golfkriegs leider nicht anders zu erwarten. Das Schüren des Rassismus geschieht dabei auf perfide Art. Vordergründig wird gesagt, dass es sich keinesfalls gegen den Islam und die Muslime richtet, während gleichzeitig aber festgestellt wird, dass sich nicht wirklich feststellen lässt, wer den nun eigentlich böser und wer guter Muslim ist. Über die Figur des sogenannten ‚sleeper‘ wird damit ein Generalverdacht initiiert, dessen Abschwächungen wiederum keinen ersichtlichen Sinn ergeben, weil sie einzig appellativ sind: ‚Eigentlich haben wir nichts gegen Muslime, aber man kann ja nie wissen...‘ Damit ist einerseits die Jagd freigegeben und andererseits wird ein deutliches Signal in Richtung MigrantInnen gegeben: ‚Strengt euch an, uns zu beweisen, das ihr auf unserer Seite steht, seid immer bereit, dass zu beweisen, seid still und rechnet immer mit unserer Feindschaft‘.

Unter sozialpolitischen Veränderungen werden gewöhnlich Veränderungen verstanden, die das System der sozialen Sicherheit betreffen. Sicherlich wird es auch hier Veränderungen geben und vieles was eh geplant ist könnte schärfer und schneller durchgesetzt werden. Wir möchten hier aber v.a. auf mögliche Veränderungen eingehen, die strukturell sind.

Aktuell findet der sozialpolitische Umbau der BRD-Gesellschaft, wie auch anderer westlicher Industriegesellschaften, von Marktwirtschaften zu Marktgesellschaften statt. Unter Stichworten wie ‚from welfare to workfare‘, vom ‚Versorgungs- zum Versicherungsstaat‘, soll ein neues Modell gesellschaftlicher Ordnung durchgesetzt werden, das auf soziale Ungleichheit als Motor setzt. Im Konzept des ‚residual-

len Sozialstaats‘ sollen staatliche Hilfeleistungen durchgängig an das Prinzip der sozialen Nützlichkeit gekoppelt werden. Sozialpolitische Gerechtigkeit wird begriffen als Verpflichtung der Individuen alles dafür zu tun nicht in Abhängigkeit von öffentlichen Transferzahlungen zu geraten. Soziale Rechte soll es nur noch für diejenigen geben, die ihren sozialen Pflichten nachkommen. Abhängigkeit von öffentlichen Transferleistungen unterliegt dadurch dem Generalverdacht der ‚Faulheit‘, des ‚Schmarotzertums‘ etc. Es ist zu erwarten, dass diese Sozialrassismen erheblich zunehmen und v.a. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger enorm unter Druck geraten.

Betrachten wir nun die möglichen neuen Formen politischer Kontrolle:

Ein Staat, der im ‚Krieg gegen Terrorismus‘ mitkämpft, braucht eine Gesellschaft, die diesen Krieg mitträgt. Weltweit hat der Kapitalismus in der ‚grünen Gefahr‘ endlich einen Ersatz für den Verlust der ‚roten Gefahr‘ gefunden. Der erhöhte nach innen gerichtete Repressionsaufwand ist dadurch sicherlich leichter durchzusetzen: Das im ‚Krieg gegen Terrorismus‘ sowohl militärische als auch polizeiliche Mittel ausgebaut werden müssen scheint unbestreitbar. Gefährlicher aber noch ist die Verlängerung dieses Krieges in die Gesellschaft. Wir haben die zutiefst rassistische Struktur – Rassismus gegen MigrantInnen, Sozialrassismus – angesprochen. Identität, sowohl individuell als auch kollektiv, entsteht durch Abgrenzung: ‚wir wissen wer wir sind, wenn wir wissen wer wir nicht sind‘. Die kriegsinduzierte Inszenierung von Gemeinschaftlichkeit, die über den Dualismus von Gut und Böse operationalisiert wird, droht sich unweigerlich zu einem sozialen Krieg nach innen auszuweiten: Die ‚Anderen‘ werden zu den ‚Gefährli-

chen‘, deren Bekämpfung ‚Bürgerpflicht‘ wird !

Was tun?

Gerade im letzten Abschnitt haben wir angesprochen, was u.E. momentan die größten Gefahren für unsere Situation sind. Vor allem MigrantInnen jeglicher Couleur, sozial Ausgrenzte und von Ausgrenzung bedrohte, insgesamt Menschen also, die sich dem mainstream verweigern oder denen die Teilhabe daran verweigert wird, kurz: alle die als ‚anders‘ erkannt werden, werden potentiell verstärkten Angriffen ausgesetzt sein. Ihre Präsenz, ihre Rechte, ihre Integrität, ihr Leben zu schützen und sichern zu helfen, in diesem Feld liegen die Aufgaben einer Linken, die an der Notwendigkeit und Aktualität sozialer Befreiung weiter festhält.